

EU-Ministerrat soll Lieferkettengesetz ablehnen

Bürokratische Belastung der Betriebe ist kaum noch zu ertragen

Jürgen Diener, stellv. Landesvorsitzender und MIT- Kreisvorsitzender hat bereits mehrfach vor dem Lieferkettengesetz gewarnt und begrüßt die Ablehnung des Gesetzes durch die MIT Hessen.

Die MIT Hessen schreibt in ihrer Pressemitteilung: „Aufgrund von geopolitischer Unsicherheit und dem künftigen Bedarf an Rohstoffen, etwa für Elektromobilität oder Batterien, müssen wir einseitige Abhängigkeiten reduzieren und Lieferbeziehungen diversifizieren. Das Lieferkettengesetz verhindert genau das, denn es drängt gerade den Mittelstand aus Märkten heraus und überlässt das Feld anderen Ländern und Unternehmen.“

Das Gesetz gilt direkt für Unternehmen ab 250 Mitarbeitern. Aber diese Unternehmen werden die Auflagen direkt an ihre Lieferanten und Partner im Mittelstand weitergeben. Es besteht somit für alle Betriebe die Gefahr, dass sie im globalen Wettbewerb völlig unnötig noch größerem Druck ausgesetzt werden.

Viele Firmen kämpfen derzeit aber schon mit zahlreichen Problemen. Die Verluste der Pandemie sind nicht überall überwunden, die Lieferketten teils noch gestört. Erschwerend hinzu kommen die höhere Energiekosten, die damit einhergehende allgemeine Inflation sowie natürlich der Fachkräftemangel.

Mit dem nun beschlossenen, noch schärferen EU-Gesetz, wächst in dieser sehr unsicheren Zeit auch die bürokratische Belastung. Denn unsere Betriebe müssen nun zusätzlich die Kosten für ein umfangreiches Berichtswesen und den etwaigen Umbau ihrer Lieferketten, die leicht zigtausend Posten umfassen, stemmen.

Das Gesetz braucht noch die Zustimmung des EU-Ministerrats. Der sollte sich jetzt genau anschauen, warum die Wirtschaftsverbände Sturm laufen und welche Erfahrungen einzelne Länder mit derartigen Gesetzen schon gemacht haben. Deshalb fordern wir den EU-Ministerrat dringend auf, die Richtlinie abzulehnen.“